

Mit dem Rad



Bochum soll fahrradfreundlicher werden: Der Fahrradclub und die Stadtverwaltung im Clinch.

Seite 2

Neuer Pfad



Die Landesregierung in Baden-Württemberg führt die Verfasste Studierendenschaft wieder ein.

Seite 3

Kein Rückgrat



Rot-Grün in NRW bleibt hinter seinen den Ansprüchen weit zurück.

Seite 4

Internet

Alle Artikel und mehr gibt es im Netz unter

www.bszone.de

Die GEMA plant eine existenzgefährdende Preiserhöhung für Clubs

Droht 2013 das Club-Aus?

(Mnd) Deutschlands ClubbetreiberInnen bangen um ihre Existenz. Der Grund dafür ist eine „Vereinfachung“ des Tarifsystems der GEMA. Die Verwertungsgesellschaft vertritt die Urheberrechte von mehr als 64.000 MusikverlegerInnen, TextautorInnen und KomponistInnen in Deutschland. Nach eigenen Angaben will sie mit der Reform rund zehn Prozent mehr Gewinn für UrheberInnen erzielen. Dieser Mehrbetrag soll durch eine Erhöhung der Eintrittspreise entrichtet werden. KritikerInnen weisen auf diverse Sondererhöhungen hin, die vor allem kleine und mittlere Veranstaltungsorte gefährdeten. Betroffene haben nun eine Petition vorgelegt.

„Für uns ist es völlig inakzeptabel, wie die GEMA ihre faktische Monopolstellung ausnutzt, um Tarife und Preiserhöhungen durchzusetzen, die eine lebendige kulturelle Szene existenziell gefährdet“, teilt der Bahnhof Langendreer auf seiner Website mit. Auch hier ging am vergangenen Samstag um kurz vor Mitternacht für fünf Minuten die Musik aus. Die BetreiberInnen protestierten mit der Aktion „5 vor 12“ gegen die Neuerungen. Wie viele andere Clubs in Deutschland bangt der Bahnhof Langendreer um seine Existenz. Die GEMA hat eine Reihe von Veränderungen geplant, die VeranstalterInnen ab Anfang 2013 teuer zu stehen kommen könnten. Bisher werden Gebühren in elf Tarifstufen erhoben, diese sollen auf zwei Stufen gestrafft werden. Dies ist dann nur noch die Unterscheidung zwischen Tonträgern und Live-Musik. Auch soll sich der Tarif nach Überschreitung einer Veranstaltungsdauer von fünf Stunden um 50 Prozent erhöhen, anschließend kommen im Drei-Stunden-Takt jeweils



Könnte bald vorbei sein: Abfeiern im Bahnhof Langendreer zu GEMA-pflichtiger Musik.

Foto: Bahnhof Langendreer

weitere 50 Prozent hinzu. Bei Nutzung eines Laptops sind dann nochmal 30 Prozent des Gesamtbetrags fällig. Auch die Größe des Veranstaltungsortes spielt eine Rolle. Da diese aber in 100qm-Einheiten erfasst werden, fühlen sich gerade kleinere Clubs benachteiligt.

Lebendige Kultur-Szene bedroht

„Tritt diese Tarif-Reform in Kraft, bedeutet das für den Bahnhof Langendreer eine Steigerung der GEMA Kosten um 277 Prozent“, rechnet die Bochumer Kultlocation vor. Dort sei man durch die geplante Maßnahme „existenziell betroffen“. Als erstes würden der Erhöhung der Abgaben kleinere Veranstaltungen zum Opfer fallen, die sich über Eintrittsgelder nicht finanzieren lassen. Dies seien in erster Linie „Amateur- und semiprofessionelle Bands, Jazz, interkulturelle/ Weltmusik-konzerte.“ „Völlig inakzeptabel“ sei, dass

die GEMA ihre „faktische Monopolstellung“ ausnutze, um die Preise zu erhöhen. Auch seien im Gastronomiebereich 60 Prozent der Arbeitsplätze bedroht.

Petition: Erfolg in Sicht

Der Bahnhof Langendreer ruft daher dazu auf, eine jüngst gestartete Petition an den Bundestag gegen die Tarifreform zu unterschreiben. Der Text spricht von einer „noch nie dagewesenen Vorgehensweise und Arroganz“ der GEMA. In einer beigefügten Beispielrechnung heißt es: „Bei durchschnittlich zehn Veranstaltungen pro Monat in einer mittelgroßen Discothek mit 2 Dancefloors von z.B. 410 und 310 qm bei einem Eintrittsgeld von 8 Euro erhöhen sich die GEMA-Gebühren (inkl. aller Zuschläge) von 21.553 Euro netto/Jahr auf 147.916 Euro netto/Jahr (+ 686 %).“ Die UnterzeichnerInnen fordern den Bundestag auf, „den ausufernden Forde-

rungen der Verwertungsgesellschaften endlich ein Riegel“ vorzuschieben. Der Verfasser der Petition, Matthias Rauh von giga event ist zuversichtlich: Die benötigten 100.000 Unterschriften seien „schon in Reichweite“. Dies zeige „deutlich wieviel Interesse in Deutschland besteht, die Kulturlandschaft zu erhalten.“

Die Front gegen die GEMA-Neuregelung wird auch von den großen Locations mitgetragen. Die 2009 zum „Besten Technoclub der Welt“ gekürte Edeldisco Berghain in Berlin will Ende des Jahres schließen, sollten die Preise 2013 erhöht werden. In der Hauptstadt gab es zudem in der vergangenen Woche eine Demonstration von ClubbetreiberInnen, KünstlerInnen und KonsumentInnen. An Letztere appelliert auch der Bahnhof Langendreer: „Du kannst uns unterstützen mit deiner Stimme, damit wir auch noch ab 2013 die Nächte mit Dir durchfeiern dürfen.“

Die studentischen Mitglieder im Senat der Ruhr-Uni wurden neu gewählt

Studentische Interessen gebündelt

(fik) Am vergangenen Dienstag waren alle Studierenden der RUB dazu aufgerufen, ihre Vertreter*innen für den Senat der Ruhr-Universität zu wählen. Wieder einmal nutzten nur sehr wenige ihr Stimmrecht. Gerade einmal 3,1 Prozent der Wahlberechtigten gingen zur Urne.

Die Wahl stand unter ganz anderen Vorzeichen, als die Wahlen in den vergangenen Jahren. Seit einiger Zeit trat die Liste Vollversammlung (LVV) zur Wahl des Senates an. Sie wollte die studentischen Kräfte bündeln. Auf ihr tummelten sich insbesondere Fachschaftler*innen und Vertreter*innen der hochschulpolitischen Listen von Linker Liste, Grüner Hochschulgruppe, der Liste Schöner Wohnen in Bochum, Piraten und Jusos. Gegen diese Gemeinschaftsliste trat jedes Jahr der RCDS und eine Liberale Liste an. Später gesellte sich auch die Liste der Naturwissenschaftler und Ingenieure (Nawi) als Konkurrentin dazu. Die Nawi schaffte es – auch durch einen eigenen Senator – Einfluss auf die LVV auszuüben. Nachdem die Nawi die Studierendenvertretung übernommen hatte, befürchteten einige Fachschaftler*innen von einer zu starken Nawi erdrückt zu werden. Auch aus diesem Grund wurde die LVV aufgelöst und eine neue Fachschaftsliste gegründet. Die Liste der Fachschaften (LFS) entstand insbesondere aus Mitgliedern der Ostasienwis-

senschaft, der Umwelttechnik und der Mathematik.

Eine für alle

Das Konzept ging auf: Die LFS gewann alle vier Wahlkreise und stellt somit alle Senatsmitglieder. Was jedoch wenig verwunderte – stand sie doch als einzige auf dem Wahlzettel. RCDS und Junge Liberale traten diesmal gar nicht erst an. Auch bei der vergangenen Wahl zum Studierendenparlament konnten sie jeweils nur einen mageren Sitz erringen. Der wichtigste Grund wird jedoch sein, dass auch NAWI-Mitglieder – trotz der Bedenken einiger Fachschaftler*innen – mit auf der LFS kandidierten. „Dieses Jahr gab es keine Gegenliste, dies ist unserer Meinung nach geschehen, weil die LFS ein Zusammenschluss der Fachschaften darstellt und die Interessen der gesamten Studierendenschaft im Sinne hat und dadurch Gegenlisten gegenstandslos geworden sind“, sagen die Sprecher*innen der FSVK (FachschaftsvertreterInnenkonferenz). Die vier neuen Senator*innen sind Victoria Niebel, Jiuling Meimbresse, Maik Wolf und Sebastian Marquardt. Ihre direkten Stellvertreter*innen sind Patrick Fels, Sina Wunderlich, Raoul Meys und Dirk Loose. Die LFS ist stark an die FSVK gebunden und versucht so, die Interessen aller Fachschaften zu vertreten. „Die LFS unterscheidet sich von der LVV, indem jede Fachschaft eine/n VertreterIn



Wieder mit einer gemeinsamen Liste im Senat: Trügt der Frieden zwischen den hochschulpolitischen Gruppen?

Foto: Chs

schicken kann, welche Stimmrecht auf den Sitzungen hat und, sodass das Prinzip der FSVK verfolgt wird. Auch das sehen die FSVK-SprecherInnen als sehr positiv an, da dadurch auch die gleichwertige Partizipation von kleineren Fachschaften ermöglicht wird“, sagen die Sprecher*innen weiter.

Es bleibt abzuwarten, wie gut die vier Senator*innen (wovon drei neu im Senat sind) zusammenarbeiten und, wie sie die Fachschaften besser in ihre Arbeit einbin-

den können, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Die Fachschaften haben ihre Arme für die LFS weit geöffnet: „Die FSVK hat bereits der LFS einen eigenen TOP (Tagesordnungspunkt, Anm. d. Red.) auf ihren Sitzungen bereitgestellt, welchen diese jede Woche nutzt, um sich über Bedürfnisse mit der Studierendenschaft auszutauschen, so dass der zukünftigen Zusammenarbeit, im Sinne von ‚Schulter an Schulter‘ nichts entgegen steht“, sagen die FSVK-Sprecher*innen.

:boinkürze

Atomkraft? Nein! Nein!

(fik) Das fünftgrößte Energieunternehmen in Deutschland, die STEAG (Steinkohlen-Elektrizität AG), hat am 27. Juni ihre restlichen Anteile am Atommüllzwischenlager in Ahaus verkauft. Damit hat der Konzern den Beschluss des Bochumer Rates auf Beendigung jeglichen atomaren Geschäfts umgesetzt. Die kommunalen Stadtwerke im Ruhrgebiet sind seit dem vergangenen Jahr Hauptanteilseignerinnen von STEAG. Die bis dahin 45-prozentige Beteiligung an Ahaus wurde an die Gesellschaft für Nuklear-Service (GNS) verkauft, sie gehört den vier großen Energiekonzernen Eon, RWE, EnBW und Vattenfall. Bevor sich die Ruhr-Kommunen an STEAG beteiligten gab es Kritik sowohl von Rechts, als auch von Links. Die Kommunalisierung des nun fünftgrößten Energieerzeugers war vielen Wirtschaftsliberalen ein Dorn im Auge. Die (wenn auch geringe) Beteiligung von STEAG am Atomgeschäft führte zu Skepsis bei Grünen und Linken. Aus diesem Grund haben die Räte der Ruhrstädte vor ihrer Entscheidung zur Beteiligung an STEAG beschlossen, dass das Unternehmen aus dem nuklearen Geschäft aussteigen muss. Diese Forderung wurde nun schließlich umgesetzt.

Campus-Maut 2.0

(rvr) Da staunten die Studierenden der Ruhr-Uni nicht schlecht: Wer von ihnen am Samstagmittag und -abend den Campus betreten wollte, wurde von zum Teil aggressiven Securitykräften daran gehindert – und dazu genötigt, 16 Euro Eintritt zu bezahlen. Begründung: Die Nacht der Industriekultur, „Extraschicht“, in deren Rahmen auch Veranstaltungen an der RUB stattfanden. Auf welcher Rechtsgrundlage die Verantwortlichen meinten, allen Studierenden pauschal den Zutritt zu ihrem eigenen Campus zu verbieten, solange sie keine Extragebühr zahlen wollten, konnte bis Redaktionsschluss nicht geklärt werden.

Brauner Zucker adé

Der ehemalige NPD-Bundestagskandidat Detlef Hartmann, Inhaber des Wittener Süßwarenvertriebs Osella, hat angekündigt, 2015 in den „vorzeitige(n) Ruhestand“ zu gehen. Sein Unternehmen will er verkaufen. Im vergangenen Winter hatte die bsz darauf aufmerksam gemacht, dass mit Hartmann ein NPD-naher Rechtsradikaler auf dem Bochumer Weihnachtsmarkt vertreten ist. Daraufhin kam es zu Protesten. Hartmann hatte sein Firmengelände immer wieder Neonazis zu Verfügung gestellt.

Entscheidung zum Musikzentrum

(fik) Am Donnerstag, den 5. Juni entscheidet der Rat der Stadt Bochum darüber, ob das Bochumer Musikzentrum gebaut wird oder nicht. Die Vorlage der Stadtverwaltung gibt einige Rätsel auf. Der Rat soll darüber entscheiden, ob die Voraussetzungen des Beschlusses vom März nun erfüllt sind. In der vergangenen Woche nahmen mehrere Fraktionen Einsicht in die Akten zum Musikzentrum. Danach gibt es sowohl für Linke, Grüne und Soziale Liste mehr neue Fragen als Antworten. Die SPD scheint den Beschluss zum Bau des Zentrums trotzdem durchdrücken zu wollen. Die mit ihnen koalierenden Grünen gaben sich skeptisch. Auf einer Mitgliederversammlung wollen sie entscheiden, ob sie entweder einen eigenen neuen Antrag in den Rat einbringen, die Verwaltungsvorlage ablehnen oder doch ihrer Koalitionspartnerin folgen wollen. Die Zeichen zwischen Rot und Grün stehen derzeit jedoch eher auf Sturm.

Burschenschaftler vor Gericht

(Mnd) Der Chefredakteur der „Burschenschaftlichen Blätter“, Norbert Weidner, geht nun gerichtlich gegen Kritik vor. Am 4. Juli beginnt der Prozess vor dem Landgericht Bonn gegen Weidners Burschenschafts-Kameraden Christian Becker. Dieser ist Mitglied der Initiative „Burschenschaftler gegen Neonazis“ und hatte Weidner zuvor als „wahrscheinlich einer der Köpfe der rechtsextremen Bewegung“ bezeichnet. Begonnen hatte der Streit auf dem Burschenschaftstag in Eisenach im Juni, dort wurde Weidner als Vorstandsmitglied bestätigt – eine Niederlage für die eher liberaleren Burschenschaften. Weidner, dessen Anwalt Vizechef der Republikaner war, bestreitet, eine rechtsextreme Gesinnung zu haben. In der Vergangenheit hatte Weidner unter anderem die Hinrichtung des Nazi-Widerstandskämpfers Dietrich Bonhoeffer als „rein juristisch gerechtfertigt“ genannt und ihn als „Landesverräter“ bezeichnet. Die Staatsanwaltschaft Bonn hat wegen dieser Äußerung die Ermittlungen gegen Weidner aufgenommen.

Die Straßenschlacht

(fik) Die Fronten sind verhärtet: Die Bochumer Stadtverwaltung und der Allgemeine Deutsche Fahrradclub (ADFC) scheinen sich unversöhnlich gegenüberzustellen, obwohl sie ein gemeinsames Anliegen teilen. Bochum soll fahrradfreundlich werden. Davon ist man derzeit jedoch noch sehr weit entfernt. Klaus Kuliga, der Vorsitzende des ADFC in Bochum, möchte das verändern.

Die Stadt Bochum steht, was den Radverkehr angeht, „ganz am Anfang“, findet nicht nur der ADFC, sondern auch die Referent*innen des Symposiums „Radfahren in Bochum“. Trotzdem möchte die Verwaltung an ihrer Bewerbung bei der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in NRW e.V. (AGFS) festhalten. „Bevor man Konzepte erstellt, muss man den Willen haben, diese Konzepte auch umzusetzen. Davon ist bis heute in Bochum nichts zu sehen und zu hören“, sagt Klaus Kuliga. Der Verkehrsausschuss der Stadt Bochum hat 2009 beschlossen: „Die Verwaltung wird beauftragt, die Unterlagen für eine Bewerbung um die Mitgliedschaft in der AGFS zusammenzustellen, die finanziellen Auswirkungen abzuschätzen und dem Ausschuss zur abschließenden Beratung vorzulegen.“ Bisher ist diesbezüglich noch kaum etwas geschehen. „Wir erwarten, dass die Verwaltung dem damals erteilten Auftrag nach drei Jahren endlich nachkommt und ein tragfähiges Bewerbungskonzept vorlegt. Wir erwarten, dass die Oberbürgermeisterin und der Rat sich klar und eindeutig zur fahrradfreundlichen Stadt Bochum bekennen“, sagt Klaus Kuliga. Grundlegend für ein fahrradfreundliches Bochum ist das von der AGFS zum Leitbild erklärte Konzept der Nahmobilität als Grundprinzip der

Verkehrsplanung. Eine fahrradfreundliche Stadt lädt flächendeckend – jederzeit, alle und überall – zum Radfahren ein. In der Verkehrsplanung kommen daher zuerst die Fußgänger*innen, dann die Radfahrer*innen und der öffentliche Nahverkehr, erst danach der motorisierte Individualverkehr. In der Realität sieht es meistens genau andersherum aus. Auch in Bochum hat der Autoverkehr oberste Priorität.

Anregungen und Beschwerden

Bürger*innen haben nur wenige Möglichkeiten, ihre Interessen gegenüber der Politik und Verwaltung zu vertreten. Dies geschieht meistens im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden. Mitglieder des ADFC sind dort regelmäßige Gäste, mit eigenen ausführlichen und konstruktiven Anträgen. Dabei kommt es jedoch immer wieder zum Schlagabtausch zwischen Klaus Kuliga auf der einen Seite und der Verwaltung gemeinsam mit SPD und CDU auf der anderen Seite. Die Vertreter*innen von Grünen und Linken stehen dabei häufig zwischen den Fronten. „Die Verwaltung verwickelt sich offenkundig in Widersprüche und offenbart damit eine erschreckende Inkompetenz“, kritisiert Klaus Kuliga. In seltenen Fällen übernimmt die Verwaltung sogar Anregungen des ADFC, häufig sind sie dann aber rechtlich sowieso dazu verpflichtet. „Die Verwaltung tut ihre Pflicht nur, wenn sie dazu gezwungen wird“, so Kuliga weiter.

Verunglimpfende Äußerungen

Auf Anregung der CDU wurde Klaus Kuliga bereits in einem Beschluss wegen angeblich verunglimpfenden Äußerungen gerügt. Auch der SPD ging die Kritik Kuligas zu weit und unterstütze das Anliegen. Grüne und Linke versuchten



Der Kampf auf der Straße geht weiter: Jedoch sind Radfahrer*innen bisher die Schwächeren.

Foto: flickr / ItzaFineDay (CC BY 2.0)

den Beschluss zu verhindern. Es stellt sich nun die Frage, wer hier wen verunglimpft. Die Bochumer Verwaltung und Teile der Politik scheinen sich für den Radverkehr kaum zu interessieren. Auf Anregung des ADFC hob die Stadtverwaltung zum Beispiel eine Regelung auf, die Fahrradfahrer*innen dazu zwang, einen Radweg auf dem Bürgersteig zu nutzen. Die Verwaltung berichtete daraufhin, dass sie zusammen mit der Polizei die Nutzungspflicht aufgehoben hat. Unerwähnt blieb, dass der Weg über Jahrzehnte hinweg nicht den Anforderungen eines Radweges genügte und damit streng genommen illegal war.

Auf Bochumer Straßen gilt meist die Macht des Stärkeren. Radwege sind häufig gefährlich, werden von Autofahrer*innen einfach ignoriert oder fehlen schlichtweg. Die Antwort der Verwaltung auf ihren Auftrag, Bochum zu einer fahrradfreundlichen Stadt zu machen und die Hartnäckigkeit der Politik dies auch einzufordern, ist äußerst zaghaft. „Wir halten die Antwort der Verwaltung daher für nicht ausreichend. Eine sachkundige, konstruktive und engagierte Förderung des Radverkehrs mit dem Ziel, den Radfahrer als gleichberechtigten Verkehrsteilnehmer zu behandeln, würde eine andere Antwort erfordern. Fahrradfreundlich geht anders“, sagt Klaus Kuliga.

Emanzipation trifft auf Migration: Zur Gleichstellung an der Ruhr-Uni

Wandern, um zu bleiben

(fik) Das internationale Frauen-Forum Migra verbindet die Gleichstellung der Geschlechter mit dem antirassistischen Diskurs. Die studentische Gleichstellungsbeauftragte der Ruhr-Uni Anne Reisenweber will Studentinnen mit Migrationshintergrund einladen, um zusammenzuarbeiten.

Studentin und Freundin, Migrantin und Lehrerin, Prostituierte und alleinerziehende Mutter: Frauen müssen häufig viele Rollen ausfüllen. Darum versucht der Diversity-Ansatz verschiedene Ebenen wie Geschlecht, Hautfarbe, sexuelle Orientierung und Behinderung zu berücksichtigen. „Muslimische Frauen bilden an der Ruhr-Uni, aber auch in der BRD eine der größten Minderheiten. Ihre Bedürfnisse spielen trotzdem kaum eine Rolle“, sagt Anne Reisenweber. Um daran zumindest ein wenig zu ändern, hat Anne Reisenweber Migra (was im Lateinischen ‚Wandere‘ bedeutet) vor vier Monaten gegründet. Am 4. Juni fand die erste Veranstaltung des Frauen-Forums im Kulturcafé statt. Unter dem Titel „Protest mit Kopftuch“ ging es um die islamische Frauenbewegung in der Türkei. Nach dem Vortrag diskutierten die Teilnehmer*innen über mögliche Kopftuchverbote in der Türkei und in Deutschland. Ein Schwerpunkt lag in der Kritik an konservativen Feministinnen aus dem Westen wie Alice Schwarzer. Sie möchte Kopftücher im öffentlichen Raum verbieten, ohne die möglichen Ursachen des Kopftuchtragens zu hinterfragen. „Islamische Feministinnen kämpfen gegen viele Formen der Unterdrückung. In der Türkei mobilisieren sie Frauen, um gegen ein Kopftuchverbot zu arbeiten, sowie im Iran und Saudi-Arabien kämpfen sie gegen Kopftuchgebote“, sagt Anne Reisenweber.

Frauen werden auch in Deutschland weiterhin in vielen Belangen benachteiligt.



Migra versucht Studentinnen mit Migrationshintergrund ein Forum für Lesungen und Diskussionen zu bieten.

Foto: Migra

Auch Migrant*innen erleben regelmäßige Diskriminierungen. Beide Ebenen zusammen zu sehen, das falle einigen westlich geprägten Feminist*innen häufig schwer, sagt Anne Reisenweber. „Feministinnen in islamischen Ländern müssen sich nicht nur von ihren meist männlichen Unterdrückern, sondern auch häufig vom als Neokolonialismus empfundenen westlichen Feminismus emanzipieren“, so Reisenweber weiter. Das Frauen-Forum möchte sich im ersten Semester seines Bestehens deswegen auch mit seinen Themen zuallererst muslimischen und türkischen Frauen widmen. In der Zukunft soll sich das Themenspektrum erweitern.

Am 9. Juni findet im Kulturcafé eine Lesung zu dem Thema „Lebenswelten

türkischer Migrantinnen in Deutschland“ statt. Der Referent ist Haci-Halil Uslucan, Professor für Psychologie und wissenschaftlicher Leiter des Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung sowie Professor für Moderne Türkeistudien an der Universität Duisburg-Essen. In seinem Vortrag geht es – neben aktuellen Zahlen zur Studien- und Arbeitssituation junger türkischer Frauen – um ihre Lebenssituation in der Bundesrepublik. Sowohl Chancen, als auch Diskriminierungen im Alltag, im Beruf und im Studium werden diskutiert.

Weiblichkeit und Sexualität

Schon zwei Tage später liest Ayşe Gül Altınay, Marie-Jahoda-Gastprofessorin der Gender Studies an der Ruhr-Uni, aus dem

Buch „So ist das, meine Schöne“. Altınay hat an der Duke Universität über den Zusammenhang von Geschlechterkonstruktionen, Militarismus und Erziehung in der Türkei promoviert. In „So ist das, meine Schöne“ haben die Autorinnen 32 Interviews mit Frauen aus der Türkei und Deutschland, geführt die jedoch alle aus der Türkei stammen. Die Frauen schildern darin jeweils ihr Leben, zwischen Studium, Beruf und Hausarbeit, zwischen Begierde, Leid und Unterdrückung. Die Lesung findet in deutscher, englischer und türkischer Sprache statt. Das AstA-Referat für Internationalismus und Kultur unterstützt die Veranstaltungen von Migra finanziell und organisatorisch.

Das wichtigste Ziel von Migra ist es, erst einmal Studentinnen mit Migrationshintergrund zusammenzubringen, damit sie sich austauschen können. Die studentische Gleichstellungsbeauftragte möchte dabei Migrantinnen mit ihren Wünschen und Problem besser verstehen lernen, um auf ihre Bedürfnisse verstärkt eingehen zu können. „Es ist wichtig mit Migrantinnen zu sprechen und nicht nur immer über sie zu reden“, sagt Anne Reisenweber.

Wenn Frauen weitere Informationen zu Migra oder selbst ihre Texte und Geschichten einbringen möchten, können sie sich bei der studentischen Gleichstellungsbeauftragten melden.

Anne Reisenweber
FNO 01/131
0234/32-28388
anne.reisenweber@rub.de

Lebenswelten türkischer Migrantinnen in Deutschland
9. Juni, 19 Uhr, Kulturcafé

„So ist das, meine Schöne“ - Weiblichkeit und Sexualität zwischen Bosphorus und Berlin
11. Juni, 19 Uhr, Bahnhof Langendreer

Baden-Württemberg führt Verfasste Studierendenschaften wieder ein

bsztermine

„Terrorsumpf“ mit Vertretung

(Mnd/rvr) Nach über 30 Jahren ist der Kalte Krieg nun auch in Baden-Württemberg vorbei. Der Landtag hat einen Gesetzesentwurf beschlossen, der Verfasste Studierendenschaften wieder legalisiert. 1977 hatte die CDU-Landesregierung die studentische Interessenvertretung verboten, weil sie den ASten eine Nähe zur linksterroristischen RAF unterstellte. Damit ist es jetzt vorbei: Zukünftig dürfen sich die Studierenden im Ländle wieder organisieren wie in den meisten anderen Bundesländern auch. Einzig in Bayern bleiben die Studierendenschaften weiter verboten.

Mit dem Verbot der Studierendenschaften in den 1970er Jahren wurden die ASten in Baden-Württemberg zu reinen Uni-Gremien, denen es seitdem verboten ist, sich politisch zu äußern. Die politische Interessensvertretung musste von provisorischen unabhängigen ASten, sogenannten u-ASten übernommen werden, die bis heute zum Beispiel von gemeinnützigen Vereinen getragen werden. Nun kann diese Notlösung aufgegeben werden.

Mehr Demokratie

„Endlich ist es soweit“, freut sich Lennart Lein, Vorstandsmitglied des u-AStA in Freiburg. „Nach viel zu langer Zeit der Unmündigkeit werden wir auch ohne ein u-Modell wieder sinnvolle Hochschulpolitik machen können“. Die Zeit des „mundtoten AStAs“ sei nun vorbei. „Der AStA war bisher nur eine Verwaltungseinheit, die dem Rektor untersteht, ohne Finanzautonomie“, sagt Lein der bsz. „Der Studierendenvertretung war es untersagt, sich politisch – sogar hochschulpolitisch zu äußern“. Gerade in Bildungsstreikzeiten habe dies zu Frustrationen geführt. „Wenn ich als Mitglied des AStAs gesagt hätte: ‚Ich finde Studiengebühren doof‘,



Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) macht dem Generalverdacht gegen Studierende endlich ein Ende.

Foto: Staatsministerium Baden-Württemberg

hätte ich dafür verklagt werden können“, so Lein.

Studierendenvertretung als Linksterrorismus

Das Verbot der Verfassten Studierendenschaft hatte die CDU damals mit harten Vorwürfen durchgesetzt. „Da gibt es dieses berühmte Zitat des ehemaligen NS-Marinerichters und damaligen Ministerpräsidenten Hans Filbinger. Auf dem Höhepunkt des Deutschen Herbstes wollte er ‚den Sympathisanten-Sumpf des Terrorismus trockenlegen‘“, sagt Lein. Diesen verortete er offensichtlich an den Unis des Landes.

Ab 2013 also haben die Studierenden in Baden-Württemberg nun wieder die gleichen Rechte wie in den meisten anderen Bundesländern auch. Die Verfassten Studierendenschaften, die sich nun gründen werden, können für ihre Aufgaben

dann auch im Ländle selbständig einen Beitrag erheben, der sie unabhängig von dem Wohlwollen des Rektors macht – eine wichtige Grundlage für effektive Interessensvertretung.“ Damit sind demokratische Mindeststandards wieder hergestellt – nach 35 Jahren“, sagt Lein.

Kleine Unis in Bedrängnis

Doch es gibt auch Kritik an dem neuen Gesetz, das an die neu zu gründenden Studierendenschaften höhere Anforderungen stellt als in vielen anderen Bundesländern. „Zum Beispiel sieht das Gesetz einen Haushaltsbeauftragten vor, der von der Studierendenschaft eingestellt werden muss“, bemängelt Lein. Dieser solle die Finanzen mitverwalten. „Die hauptamtlichen Finanzbeauftragten müssen eine relativ hohe Qualifikation erfüllen und kosten viel Geld. Das ist gerade für kleinere Hochschulen ein

Problem.“ Für die Musikhochschule in Trossingen zum Beispiel, die nur etwa 470 Studierende hat, stellt die Regelung zum Beispiel eine die Regelung eine deutlich höhere Belastung dar als für die großen Universitäten.

Dennoch, das sind sich die meisten StudierendenvertreterInnen einig: Die Neuerung ist ein erster, gar nicht mal kleiner Schritt hin zu einer etwas demokratischeren Hochschule. Damit erfüllt der grüne Ministerpräsident Ernst Kretschmer nach dem historischen Regierungswechsel in Baden-Württemberg ein Wahlversprechen, das symbolisiert: Der kalte Krieg ist vorbei. Abgeschafft durch einen antikommunistischen ehemaligen NS-Funktionär, fällt die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft in die Regierungszeit eines Ministerpräsidenten, der einst als Mitglied des Kommunistischen Bundes Westdeutschland selbst vom Berufsverbot bedroht wurde.

„Verirrung hat ein Ende“

Erstmals seit 35 Jahren werden an den baden-württembergischen Hochschulen im kommenden Jahr also Wahlen innerhalb der Verfassten Studierendenschaften anstehen. Über die politische Ausrichtung könne man noch keine sichere Prognose wagen, sagt Lein. Man wisse schlicht nicht, „wohin die Studierenden, die bislang den u-Asta unterstützt haben, politisch wandern werden.“ Konservative Kräfte seien bisher allerdings deutlich in der Minderheit.

Damit ist Bayern das letzte Bundesland ohne ordentliche Studierendenvertretung. Bereits 1973 wurde dort der AStA durch einen „Studentischen Konvent“ sowie einen „Sprecherrat“ ersetzt. Dieser hatte aber, wie in Baden-Württemberg, keine Satzungs- und Beitragshoheit. Solange Bayern fest in CSU-Hand ist, ist wohl keine vergleichbare Reform in Sicht.

Slavbo und Ostwest e.V. holen Roma-Band nach Bochum

Folk-Jazz statt Wahrsagerei

(mar) Roma-Leben bedeutet der Name der Band „Romano Trajo“ übersetzt. Von diesem Leben handeln auch die Texte ihrer Lieder. Es geht um Liebe und Sehnsucht, aber auch um Verfolgung und Diskriminierung. Gesungen werden sie auf Romanes, der Sprache der Roma, die Musik stammt wie ihre Mitglieder aus unterschiedlichen Teilen der Welt. Dieses multikulturelle Ensemble gastiert dank der Bemühungen des Fachschaftsrates Slavistik (slavbo) in Bochum.

Zwar ist Beata Burakowska, Gründungsmitglied der Gruppe und in Olsztyn in Polen geboren, die einzige in der Band Angehörige des Volkes der Roma, doch bereichern die anderen Bandmitglieder, die aus Deutschland, dem Balkan, der Ukraine, ja auch aus Ägypten und Persien stammen, die Musik und die Texte um ihre eigenen, speziellen Einflüsse und Erfahrungen. Die Band sieht sich musikalisch „zwischen Worldmusik, Jazz und Folk angesiedelt“. Und nicht zuletzt vermittelt diese Mischung unterschiedlichster Ethnien und Geschichten die Vision eines gemeinsamen Miteinanders. Natürlich soll die Musik vor allem Spaß machen, die Musik animiert zum Tanzen, die Stimmung auf den Konzerten ist ausgelassen. Die Traditionslinien der Musik verschieden, doch klar erkennbar und werden auch stolz präsentiert. Doch versucht die Band nicht, „irgendwelche Zigeunerromantik-Stereotypen zu verbreiten, sondern macht ihre Musik“, sagt Agata Przyborowska-Stolz vom Seminar für Slavistik an der RUB. „Ein Konzert von denen ist etwas Besonderes, keine alltägliche Musik“, ergänzt Sylvia Rekus vom Fachschaftsrat Slavistik die Charakterisierung.

Selbstverständlich haben die Liedtexte auch Gehalt. Davon zeugt allein die Tatsache, dass auf der Homepage der Band die Romanes-Liedertitel auch ins Deutsche übersetzt werden. Sie handeln von allen möglichen Aspekten des (nicht nur) Roma-Lebens, „Bute Dromenca (deutsch: viele Wege)“ ist da zu lesen und „Ando Suno (deutsch: im Traum)“. Ein Thema im Repertoire ist aber auch Diskriminierung. Noch immer wird die ethnische Minderheit der Roma, die oft Zigeuner genannt werden, in vielen Ländern diskriminiert oder gar verfolgt, vor allem in Rumänien und Bulgarien. Aber auch hierzulande herrschen viele Vorurteile. Doch gibt sich die Band nicht politisch oder gar anklagend. Es gibt „viele Wege“, verschiedene Kulturen näher zu bringen und gemeinsam zu feiern. Zum Beispiel in den alle zwei Jahre stattfindenden Musikworkshops der Kapelle oder auf den Konzerten, wie eben diesen Freitag im bochumer Theater der Gezeiten.

Aktive Initiativen

„Warum ausgerechnet Romano Trajo? Die Musik ist gut, einfach gut. Packend. Frei von aufgesetztem Pathos, keine übertriebene Rührseligkeit“, sagt die Lektorin für Polnisch Przyborowska-Stolz. Sie hat das Quintett bei einer Veranstaltung des Europäischen Kulturzentrums IGNIS in Köln kennengelernt und wusste direkt, „daß wir unbedingt einen Auftritt von Romano Trajo organisieren mussten.“ Kooperationen zwischen dem Kölner Kulturzentrum und dem Verein Ostwest, dessen Vorsitzende Przyborowska-Stolz ist und der sich ebenfalls dem interkulturellen Dialog verschrieben hat, hat es in der Vergangenheit schon fruchtbare Zusammenar-



Das Ensemble Romano Trajo (Romaleben) steht für einen neuen Klang in der Musik der Roma und Sinti.

Foto: Romano Trajo / Foto_2_Web_gro

beit gegeben, wie etwa die Lange Nacht der polnischen Literatur, die letztmals im Oktober vergangenen Jahres in Bochum stattgefunden hat. Der Kontakt mit der Band wurde hergestellt, die slavistische Studentenvertretung übernahm gerne die Mitorganisation. Damit steht slavbo wieder einmal hinter einem Abend, der Ost- und Westeuropa einander etwas näher bringt. Der FSR vertritt nicht nur die Studierenden der Russischen Kultur oder Slavischen Linguistik etwa vor dem Institut, sondern ist auch aktiv an der Gestaltung und Unterstützung eines reichen Kulturangebots in Bochum beteiligt. Der Fokus liegt dabei natürlich auf Osteuropa, beschränkt sich aber nicht auf die Kulturkreise Polens und Russlands, die

Schwerpunkte des Slavistikstudiums bilden, sondern schließt den gesamten geografischen und kulturellen Raum ein, der gemeinhin Ost- und Mitteleuropa genannt wird. Da werden zum Beispiel Lesungen polnischer Gegenwartsliteratur, wie sie am vergangenen Freitag stattfanden, organisiert oder Konzerte ukrainischer Ska-Bands („Sobaki v Kosmosi“ vergangenes Jahr) gefördert. Romano Trajo fügen sich bestens in diese Reihe ein.

Romano Trajo
Freitag, 6. Juli
20.00 Uhr
Theater der Gezeiten
Antoniusstraße 8
10 Euro / 5 Euro

Mittwoch, 4. Juli

Marter im Mittelmeer

Die Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum lädt ein: Nach Schätzungen der UN-Flüchtlingskommission sind im Jahr 2011 mehr als 1500 Menschen bei dem Versuch, Europa über das Mittelmeer zu erreichen, ertrunken oder sind seitdem vermisst. Der Film „Ein Augenblick Freiheit“ von Arash Riahi gibt einigen von denen, die die gefährliche Bootsahrt überlebt haben, eine Plattform. Sie berichten von Horrorszenerarien während der Reise, von den unerträglichen Zuständen in ihren Heimatländern und über die Folgen der EU-Grenzpolitik. Anschließend Vortrag und Diskussion zur Frage: Was können wir tun?

Studienkreis Film
HZO 20, Ruhr-Uni Bochum
19.00 Uhr
Eintritt frei

Donnerstag, 5. Juli

Info-Abend Antifacamp

Mobi-Veranstaltung zum kommenden Antifa-Camp in Dortmund (24.8. – 2.9.). Das Trotz Allem informiert über das Camp, seine Strukturen, Inhalte und Ziele. Das Camp gilt auch als Warm-Up zu den Gegenaktionen am 1. September, an dem die Dortmunder Neonazis ihren „Antikriegstag“ begehen.

Trotz Allem
Augustastr. 58, Witten
20.00 Uhr
Eintritt frei

Antiziganistische Semantiken und Zustände

Wenn Menschen als „Zigeuner“ bezeichnet werden, dann häufig, um sie zu beschimpfen. Es bedeutet meist, dass man sie mit dieser Bezeichnung stigmatisieren, kriminalisieren und diskriminieren möchte. Nicht selten sind betroffene Menschen wie Sinti und Roma zeitgleich auch von gewalttätigen Übergriffen bedroht. Über das Phänomen Antiziganismus spricht Markus Ende, der derzeit in Berlin über antiziganische Semantiken promoviert. Sein Ansatz ist politisch-theoretisch und setzt jenseits überkommener Stereotype an.

Bahnhof Langendreer, Raum 6
20.00 Uhr
Eintritt frei

Dienstag, 10. Juli

Was ist mit der Menschenwürde?

Wenn es um Werte geht, fällt in fast jeder Debatte früher oder später auch der Begriff der Menschenwürde. Was aber beschreibt dieses Konzept eigentlich? Und wie fallen Antworten auf diese Frage aus, wenn sie jenseits des Alltagsverständnisses gegeben werden sollen? Daher wird Franz Josef Wetz anlässlich dieser und anderer Fragen einen Vortrag mit dem Titel „Menschenwürde – Eine Illusion? Der Höchstwert in der Kontroverse“ halten.

HZO 60, Ruhr-Uni Bochum
18.00 Uhr
Eintritt frei

Mittwoch, 11. Juli

Weibliche Sexualität zwischen Bosporus & Berlin

Unter dem Titel „So ist das, meine Schöne“ sprechen Frauen aus der Türkei über Männer als Partner, Täter und Familie, aber auch von ihrem Frauensein. Platz finden die verschiedenen Facetten des Begehrens, der Freundschaft und der (queeren) Liebe. Die Veranstaltung wird begleitet von Ayşe Gül Altınay (Istanbul), die derzeit die Marie-Johada-Gastprofessur an der RUB inne hat.

Studio108, Bahnhof Langendreer
19.00 Uhr
Eintritt frei

Im Westen nix Neues?

Es war einmal...

(rvr) Rot-Grün kann durchregieren – doch was fängt NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft nach zwei Jahren Minderheitsregierung mit der eindeutigen parlamentarischen Mehrheit an? Was die Hochschulen im Land erwartet, darüber gibt der rot-grüne Koalitionsvertrag Auskunft. Der AStA der Ruhr-Universität zeigt sich weitgehend zufrieden mit dem, was es dort zu lesen gibt. KritikerInnen dagegen sagen: Alles heiße Luft, und nur die Formulierung von vagen Wunschvorstellungen. Die bsz hat sich angeschaut, welche Pfeiler die Kraft-Koalition tatsächlich einhaut, und wo sie sich um klare Positionierungen drückt.



Eier vor der Wahl statt konkrete Verbesserungen hinterher: Im rot-grünen Koalitionsvertrag bleibt vieles vage. Foto: flickr / gruenernw (CC BY-SA 2.0)

„Insgesamt können wir als Studierendenschaft zuversichtlich auf die kommenden Jahre blicken“, stellt der AStA der RUB in einem Positionspapier zu dem Koalitionsvertrag fest. Er freue sich auf eine „konstruktive Zusammenarbeit“ mit der Regierung und „bestärkt“ sie bei zentralen Anliegen; etwa der angekündigten Erweiterung der Studienplatzzahlen in NRW und bei der Gleichstellungspolitik. Lediglich an wenigen Punkten weist die Bochumer Studierendenschaft, die aktuell unter anderem von der „Liste der Naturwissenschaftler und Ingenieure“ und der SPD-nahen Juso-Hochschulgruppe gestellt wird, darauf hin, dass der Vertrag nicht konkret wird: „Wie die Landesregierung beabsichtigt, die versprochenen flexiblen Studienangebote für Teilzeitstudierende oder die flexiblere und individuellere Begleitung von Studierenden sicher zu stellen, um z.B. die Abbrecherquote zu senken, bleibt leider unbeantwortet.“ Auch in Bezug auf die bessere Finanzierung der Studentenwerke müsse den Aussagen noch „Taten folgen“.

Scharfe Kritik

Milde Worte, die längst nicht alle so teilen. „Der nordrhein-westfälischen rot-grünen Koalition fehlt ein eigenes Leitbild für eine demokratische und soziale Hochschule, das sie gegen das Paradigma der ‚unternehmerischen Hochschulen‘ stellen könnte“, erklärt etwa der Publizist Wolf-

gang Lieb in dem von ihm mitgegründeten politischen Weblog nachdenkseiten.de. Lieb war selbst von 1996 bis zum Jahr 2000 für die SPD Staatssekretär im NRW-Wissenschaftsministerium. Im hochschulpolitischen Kapitel der Vereinbarung würden vor allem weitgehend substanzlose Wünsche formuliert, die „das Papier nicht wert [sind], auf denen sie gedruckt worden sind“.

Bleibt sogar der Hochschulrat?

Mit dieser Kritik steht der ehemalige SPD-Politiker nicht alleine da. Auch Viele in der Bochumer Studierendenschaft hätten sich gewünscht, dass sich die rot-grüne Koalition auf belastbare Maßnahmen festlegt, wie zum Beispiel dem unter schwarz-gelb vorangetriebenen Demokratieabbau an den Unis und Fachhochschulen entgegengewirkt werden soll. Zum Beispiel in Bezug auf die Hochschulräte, die seit dem Jahr 2007 die Hochschulen maßgeblich mitregieren. Mit der Umformulierung des

NRW-Hochschulgesetzes zum neoliberalen „Hochschulfreiheitsgesetz“ waren CDU und FDP einem Konzept der Bertelsmann-Lobbyorganisation „Centrum für Hochschulentwicklung“ gefolgt: Die Regierung installierte ähnlich wie in Aktiengesellschaften eine Art Aufsichtsrat an den Hochschulen. Diesem neuen Rat aus zumeist Uni-externen VertreterInnen schusterte sie die Entscheidungsgewalt über zentrale Fragen zu, die vorher von den an der Hochschule selbst gewählten Gremien entschieden werden konnten. Die Gesetzesänderung, die dafür sorgen sollte, dass Unis zukünftig eher wie Wirtschaftsunternehmen, und nicht mehr so stark wie demokratisch organisierte Körperschaften geführt werden, konnte Schwarz-Gelb damals nur gegen den massiven Protest der Studierendenschaften durchsetzen. Auch viele ProfessorInnen taten ihren Unmut kund. SPD und Grüne stimmten geschlossen dagegen. Nun allerdings, wo ihnen der volle Gestaltungsspielraum übertragen worden ist,

drücken sich die Regierungsparteien um die klare Zusage, dass die Hochschulräte wieder abgeschafft werden. Stattdessen ist eher schwammig davon die Rede, dass man das Hochschulgesetz novellieren wolle, um die „Zuständigkeiten und die Zusammensetzung der Hochschulorgane“ neu aufeinander abzustimmen, und weiter: „Das gilt insbesondere für die bisherigen Hochschulräte und Senate.“

Mit anderen Worten: Die neue rot-grüne Landesregierung bekennt sich in ihrem Koalitionsvertrag keineswegs unmissverständlich zur Abschaffung der undemokratischen Hochschulräte – und das, obwohl einige ExpertInnen sogar davon ausgehen, dass das von CDU und FDP ins Leben gerufene Gremium sogar verfassungswidrig ist. Schließlich stellt es einen massiven Eingriff in die vom Grundgesetz gewährleistete Wissenschaftsfreiheit dar, wenn mit den Hochschulräten nun nicht mehr gewählte Mitglieder der Hochschule selbst, sondern unter anderem VertreterInnen aus der Wirtschaft und von Interessensverbänden die Unileitung wählen sowie über die Einrichtung und Schließung von Studiengängen entscheiden.

Fromme Wünsche statt Maßnahmen

Auch in anderen Bereichen drückt sich Rot-Grün in NRW um klare Ansagen. Mit welchen Maßnahmen und Regelungen genau die Hochschulen zu sozialeren Institutionen gemacht werden sollen? Wie die Regierung gewährleisten will, dass die Hochschulen stärker dem „verfassungsrechtlichen Bildungsauftrag des Landes gerecht“ werden, anstatt das Land vor allem als Geldgeber anzusehen, das ansonsten kaum noch hochschulpolitischen Gestaltungsspielraum hat, bleibt unklar. Konkrete Maßnahmen? Fehlzeige.

Der ehemalige sozialdemokratische Wissenschafts-Staatssekretär Wolfgang Lieb geht mit seiner Kritik sogar noch einen Schritt weiter und verweist darauf, dass es selbst rot-grüne Regierungen anderswo deutlich besser können als in NRW. Lieb stellt in seiner Analyse des hochschulpolitischen Kapitels des Koalitionsvertrags fest: „Statt wie im Koalitionsvertrag in Baden-Württemberg klar zu sagen: ‚Das Leitbild der Unternehmenshochschule, das dem aktuellen Landeshochschulgesetz zugrunde liegt, hat noch nie zu den Hochschulen gepasst, flüchtet sich die jetzt mit absoluter Mehrheit ausgestattete NRW-Landesregierung politisch ziemlich feige in die Fortsetzung des zu Zeiten der Minderheitsregierung ‚begonnenen Dialogprozesses‘ mit den Hochschulen.“

Man kann es drehen und wenden wie man will: Wird dieser Koalitionsvertrag tatsächlich den Modus rot-grüner Wissenschaftspolitik in NRW vorgeben, dann steht zu befürchten, dass sich damit die Praxis von Schwarz-Gelb fortsetzt: Mit den Unis würde dann weiterhin wie mit privatisierten Unternehmen verhandelt, um die Hochschulleitungen und Hochschulräte von bestimmten Anliegen zu „überzeugen“ – anstatt demokratisch legitimierten Handlungsspielraum zu nutzen und die Unis wiederum als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge zu begreifen. Das wären dann nur mittelmäßig gute Aussichten für die Studierenden.

bszimpresum

bsz – Bochumer Stadt- und Studierendenzzeitung
Herausgeber: AStA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Dirk Loose, Christian Volmering u. a.
Redaktion dieser Ausgabe: Karsten Finke (fik), Marek Firlej (mar), Martin Niewendick (Mnd), Chantal Stauder (Chs), Rolf van Raden (rvr).
V.i.S.d.P.: Karsten Finke (Anschrift s. o.)
Auflage/Druck: 3.000, Druckwerk, Dortmund
Anschrift: bsz, c/o AStA der Ruhr-Universität Bochum, SH Raum 081, 44780 Bochum
Fon: 0234 32-26900; **Fax:** 0234-701623
E-Mail: redaktion@bszonline.de
WWW: http://www.bszonline.de

- Anzeige -

Speiseplan Mensa der Ruhr-Uni-Bochum

vom 09.07. bis 13.07.2012

Das AKAFÖ im Web z. o.:
Jetzt Fan bei Facebook werden oder Aktuelles per Twitter verfolgen.

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
Sprinter 2,- € (Stud.), 3,- € (Gäste)	Bitte achten Sie auf unser Speiseleitsystem	Bitte achten Sie auf unser Speiseleitsystem	Bitte achten Sie auf unser Speiseleitsystem	Bitte achten Sie auf unser Speiseleitsystem	Bitte achten Sie auf unser Speiseleitsystem
Komponentessen 1,20-1,60 € (Stud.) 2,20-2,60 € (Gäste)	Hähnchen Spieß mit Brunnenkressensauce (G) Tofu mit Mozzarella und Brunnenkressensauce (V)	Paniertes Geflügelschnitzel mit Paprikarahmsauce (G) Vegetarische Frühlingsschneitzelle mit Sweet Chili Dip (V)	Rindergulasch mit Gemüse (R) Vegetarische Bällchen mit Tomaten-Basilikumsauce (V)	Putensteak „natur“ mit Fruchtcocktailsauce (G) Karotten-Röstling mit Remouladensauce (V)	Seelachsfilet Müllerin mit Sauce Bernaise (F) emüestäbchen mit Sauce „Bernaïse“ (V)
Aktionen 3,30-6,50	Spareribs „Barbecue“ mit Texas Bohnen und Steakhouse Fries (S)	Wildlachsfilet auf Chili-Gemüse dazu Vollkorn Reis (F)	Puten Cordon bleu mit Geflügelsauce dazu Spätzle und Broccoli (G)	Pangasiusfilet mit Petersilienpanade an Orangencorriotta mit Erbsenpüree und Salat (F)	Schweinerückensteak mit Kräuterbutter dazu Rucola-Schupfnudeln und Salat (S)
Beilagen 0,60-0,70 €	Blumenkohl Prinzess Bohnen	Leipziger Allerlei WOK-Gemüse	Möhrenscheiben Broccoli	Romanesco Röschen Bunte Gemüsevielfalt	Rahmspinat Erbsen und Möhren
Bistro 2,30-5,00 € (Stud.) 3,30-6,00 € (Gäste)	Frikadelle mit Kartoffeln, dazu Kohlrabi-rahmgemüse (S) Fruchtiges Hähnchencurry mit Sesam Reis und Salat (G)	Rinderhacksteak mit Schmorzwiebeln, Kartoffelpüree und Broccoligemüse (R) Chili con carne dazu Baguette (R)	Schweinerückensteak „Italia“ mit Ratatouillegemüse und Gnocchi (S) Frisches-Wok-Gemüse mit gebratenen Nudeln und Paprika-Zucchini Salat (V)	Seehecht im Knuspermantel mit Tomaten-Apfel Sauce, Paprika-Sprossen Gemüse und Reis (F) Rumpsteak mit Sour-creme-Dip, Crinkel Wedges und Tomatensalat (R)	Hähnchenschnitzel mit Zwiebelsauce dazu Butterreis und Mischgemüse (G) Salzbraten mit Warmen-Kartoffelsalat mit Speck und Eisbergsalat (S)

Außerdem täglich im Angebot: Nudeltheke, Kartoffeltheke, Tagessuppe, Salat- und Nachspeisenbüffet.

Wir wünschen guten Appetit. Bitte achten Sie auf unser Speiseleitsystem. Hier erhalten Sie aktuelle Änderungen und Preise. Vielen Dank. Erläuterungen: (S) mit Schwein, (R) mit Rind, (A) mit Alkohol, (V) vegetarisch, (Bio) aus kontrollierten-biologischem Anbau, kontrolliert durch DE-039-Öko-Kontrollstelle, Zertifizierungsstelle Gesellschaft für Ressourcenschutz mbH Göttingen, (G) mit Geflügel, (F) mit Fisch, (L) mit Lamm.

AKADEMISCHES FÖRDERUNGSWERK
WWW.AKAFOE.DE